
Die baltischen Staaten

WIM VAN MEURS

Der Europäische Rat in Helsinki brachte für die baltischen Staaten zwei entscheidende Neuerungen: die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Lettland und Litauen, die zwei Jahre zuvor in Luxemburg wegen ihrer Minderheiten- bzw. Wirtschaftspolitik noch außen vor gelassen worden waren, und die Verabschiedung einer Gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Russland. Insgesamt waren die Entwicklungen in den drei kleinsten ostmitteleuropäischen Beitrittsländern seit Anfang 1999 von beständigem Fortschritt, Zuversicht und Stabilität gekennzeichnet: Die wirtschaftlichen Folgen der russischen Rubelkrise vom Herbst 1998 wurden überwunden und die volkswirtschaftlichen Indikatoren gaben erneut Grund zu Optimismus, während die Beitrittsverhandlungen keine größeren Hinderungsgründe zu Tage förderten, nachdem Estland und Lettland 1998 ihre Minderheitengesetze modifiziert hatten. Außerdem verstärkten das Nachrücken von Lettland und Litauen am Verhandlungstisch ebenso wie ihr relatives Aufholen in Sachen Wirtschaftstransformation gegenüber Estland die baltischen Kooperationspotenziale.

EU-Beitrittsverhandlungen

Nach den Beschlüssen von Helsinki wurden die bereits fortgeschrittenen Verhandlungen mit Estland fortgesetzt (am 14. Juni 2000 wurde mit Landwirtschaft eines der schwierigeren Kapitel eröffnet), während mit seinen beiden Nachbarstaaten am 28. März 2000 die ersten acht der 31 Kapitel eröffnet wurden. Estland ist optimistisch, die Verhandlungen bereits im nächsten Jahr abzuschließen und könnte sich einen Beitritt zu EU und/oder NATO vor den beiden anderen Länder vorstellen, die mit einem Abschluss der Verhandlungen 2003 und dem EU-Beitritt 2005 rechnen. Während Finnland sich besonders für Estlands EU-Beitritt stark macht, hebt Polen den Sicherheitsgewinn durch einen baldigen NATO-Beitritt Litauens hervor. Der erste Staatsbesuch eines deutschen Bundeskanzlers im Baltikum Anfang Juni 2000 wurde, trotz mangelnder expliziter Zusicherungen, als positives Zeichen gewertet.

Trotz der positiven Gesamteinschätzung der baltischen Fähigkeit zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes bleiben bei jedem Land Defizite: Verwaltungsreform, Rechtsangleichung, Justizreform und Korruptionsbekämpfung bzw. Grenzsicherung gehören für alle drei dazu, während der Nachholbedarf bei Umstrukturierung und Privatisierung des Industriesektors vornehmlich für Lettland und Litauen gilt.¹ Die Frage der Anpassung des Agrarsektors stellt sich vor allem für Litauen, die Integration der Minderheiten trotz vorjähriger Gesetzesänderungen vor

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

allem für Estland und Lettland. Estland erwartet Probleme bei der ineffizienten und umweltschädlichen Ölschieferverarbeitung. Die litauische Regierung beschloss kurz vor Helsinki, Block I des Kernkraftwerks Ignalina vom Tschernobyl-Typ spätestens im Jahr 2005 zu schließen, und das Stilllegungsdatum für Block II wird im Rahmen der nächsten nationalen Energiestrategie festzulegen sein. 1999 hat die EU bereits 10 Mio. Euro Beihilfe gewährt und weitere 20 Mio. Euro jährlich angekündigt. Die internationale Geberkonferenz im Juni brachte über 200 Mio. Euro. Nach Estland und Lettland schaffte auch Litauen im Januar 1999 im Rahmen der Rechtsangleichung und der Europäischen Menschenrechtskonvention die Todesstrafe ab. Litauen präsentierte Anfang März, Estland einige Wochen später, den nationalen Aktionsplan für die NATO-Mitgliedschaft.

Während die politischen Parteien durchweg für den Beitritt sind, betrachtet die Öffentlichkeit in den drei Staaten den EU-Beitritt ohne größere Begeisterung, aber als Weichenstellung ohne Alternative wegen der direkten Nachbarschaft Russlands. Operation „Allied Force“ als Präzedenzfall eines Eingreifens in einen souveränen Staat zu Gunsten einer ethnischen Minderheit und die Reaktion der EU-14 gegen Österreich hat den Euroskeptikern eindeutig Auftrieb gegeben.

Umfragen zu Mitgliedschaft von NATO und EU (2000)

	Estland		Lettland		Litauen		
	EU	NATO	EU	NATO	EU	NATO	
Zustimmung	65%	45%	44%	45%	60%	k.A.	Quelle: RFE/RL Baltic Report, Postimees (26.06.2000)
Ablehnung	19%	46%	38%	34%	18%	k.A.	
Keine Meinung	16%	9%	18%	21%	22%	k.A.	

Innenpolitische Entwicklungen

Weiterhin ist in allen drei Staaten der politische Kurs wesentlich stabiler als die parteipolitischen und Regierungsflektuationen vermuten lassen würden. Die stabilen politischen Verhältnisse in Estland wurden durch die regulären Parlamentswahlen am 7. März 1999 bestätigt: Die Wahlsieger „Pro Patria“, „Moderate“ und „Reformpartei“ bildeten unter Mart Laar eine rechte Mehrheitsregierung und dominierten auch die Kommunalwahlen im Oktober 1999, während die „Koalitionspartei“, eine frühere Regierungspartei, nur sieben von 101 Sitzen erhielt. Die liberale Wirtschaftspolitik und die Priorität der EU-Mitgliedschaft wurden jedoch vom Regierungswechsel nicht tangiert. Die russischen Parteien konnten wegen ihrer Zerstrittenheit und der Tatsache, dass den Nichtstaatsbürgern das nationale Wahlrecht verwehrt blieb, kaum Einfluss gewinnen.

In Lettland wurde Vaira Vike-Freiberga im Juni 1999 zur Nachfolgerin von Präsident Ulmanis gewählt. Anschließend wurde eine neue Mitte-Rechts-Regierung (Volkspartei, Lettlands Weg und der nationalkonservative TB/LNNK) unter Leitung von Andris Skele (16. Juli 1999) gebildet. Nachdem der Premier im April 2000 über Privatisierungsfragen gestolpert war, folgte eine Fortsetzung der Koalition zusammen mit der „Neuen Partei“ unter Andris Berzins.

Auch in Litauen kam es am 18. Mai 1999 auf Begehren des Präsidenten zu einer Regierungsumbildung (Vaterlandsunion/Litauische Konservative, Litauische Christlich-Demokratische Partei (LCDP) und Zentrumsunion Litauens) mit einem neuen Premier, Rolandas Paksas; nach dessen Rücktritt wegen der Privatisierung der Mazeikiai Nafta Öltraffinerie ist dies seit dem 3. November 1999 Andrius Kubilius. Im Wahljahr 2000 gerät die bislang ruhige politische Landschaft mit fünf größeren Parteien durch Abspaltungen und Neugründungen in Bewegung. Eine Konsolidierung ist erst mit den Parlamentswahlen im Oktober 2000 zu erwarten, aber nach den Ergebnissen der Lokalwahlen im März 2000 zu urteilen, scheinen die Konservative Partei und die LCDP zu den großen Verlierern zu gehören.

Wirtschaft und Handel

Was Wirtschaft und Handel anbelangt, war 1999 für alle drei ein ausgesprochen schlechtes Jahr, geprägt von den Nachwirkungen der russischen Krise. Die makroökonomischen Folgen der Krise des Nachbarstaates zeigen sowohl die Anfälligkeit als auch die Widerstandskraft der baltischen Transformationswirtschaften, insbesondere der estnischen. Nach den Einbrüchen von 1999, die sogar Estland dazu zwangen vom heiligen Prinzip des ausgeglichenen Staatshaushaltes abzuweichen, erwarten alle drei nach dem ersten Quartal 2000 Wachstumsraten in der Größenordnung von 4-5%. Als Nebenwirkung kam es zu einer weiteren Verstärkung der Anbindung an die westlichen Marktwirtschaften: Die wichtigsten Handelspartner Lettlands und Estlands sind Russland, Deutschland, Großbritannien und Skandinavien. Für Litauen rangieren auch Ukraine und Belarus unter den ersten fünf.

Makro-ökonomische Indizes, 1998-1999

Stand	Estland		Lettland		Litauen		* ILO-Norm, 3. Quartal 1999
	1999	1998	1999	1998	1999	1998	
Wachstum BSP	-1,5%	+5,5	+0,1%	+3,6%	-4,1%	+5,2%	Quelle: Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission 1999, CIA Factbook 1999, RFE/RL Baltic Report, BOFIN Russian & Baltic Economies
Arbeitslosigkeitsrate*	11,7%	10,5%	13,9%	13,8%	15,3%	13,5%	
Inflationsrate	3,9%	6,5%	3,2%	4,7%	2,4%	5,1%	
Leistungsbilanz (% BSP)	-6,3%	-9,2%	-10,2	+1,8%	-11,2%	-12,1%	

Am 1. März 1999 wurde außerdem die Visumpflicht für die Schengenstaaten aufgehoben und nach Lettland (10.02.1999) wurde auch Estland (13.11.1999) WTO-Mitglied. Indem die Transformationsphase sich dem Ende zuneigt, treten zunehmend sozialpolitische Fragen in den Mittelpunkt: Der Aufbau leistungsfähiger und nachhaltiger sozialer Sicherungssysteme ist in den drei Staaten zurückgeblieben. Hauptfrage ist hierbei im Moment das Rentensystem, insbesondere da die baltischen Staaten in Europa die am schnellsten alternde Bevölkerung haben.

Die Handelsbeziehungen zu Russland werden im Falle Estlands durch die als Sanktion wegen der angeblichen Diskriminierung der russischen Minderheit gedachten doppelten Importzölle behindert.² Estland verhängte seinerseits ab dem

01.01.2000 Zölle für Russland und andere GUS-Staaten, entgegen Estlands bisheriger prinzipiellen Freihandelspolitik. Lettland lebte dagegen unter der ständigen Drohung eines russischen Wirtschaftsboykotts wegen der Minderheitenfrage. Da Litauens Handel seit 1991 nicht durch politische Nachbarschaftskonflikte behindert wurde, ist er noch wesentlich stärker auf den russischen Markt ausgerichtet als der lettische oder estnische mit entsprechenden Einbußen nach der Rubelkrise (60% Rückgang im Exportbereich). Außerdem erwies sich die Kopplung der Litas an den US-Dollar für Exporte in die Euro-Staaten als kontraproduktiv.

Ebenfalls im Spannungsfeld zwischen politischer und ökonomischer Rason lag die Privatisierung der litauischen Mazeikiai Nafta Ölraffinerie: Während Gazprom und Lukoil Vilnius mittels Öllieferungsstopps unter Druck setzte, bekam der US-Konzern Williams Int. den Zuschlag. Im Herbst 1999 führten die angeblich ungünstigen Verkaufskonditionen auch zu einer heftigen innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Privatisierung und Umstrukturierung im Energie- und Schwerindustriesektor bleiben somit in mehreren Hinsichten problematisch. Einerseits sind auch bei der für Herbst 2000 geplanten Privatisierung von Ventspils Nafta und der Kraftwerke in Narva Schwierigkeiten mit Lukoil und Gazprom vorprogrammiert, andererseits belastet dieser Sektor weiterhin die Staatshaushalte, insbesondere in Litauen.

Eine Folgefrage der erfolgreichen Transformation sind die wachsenden Gegensätze zwischen Arm und Reich, zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Stadt und Land, die dort eine zusätzliche Brisanz erhalten, wo sie mit Gegensätzen zwischen Titularnation und Minderheit zusammenfallen. Eine Schwachstelle der baltischen Wirtschaftstransformation bilden besonders die wachsenden regionalen Asymmetrien: So gehört die Provinz Lettgallen im Osten Lettlands zu den ärmsten Regionen aller Beitrittsländer, mit einem BSP unter der Hälfte des BSP von Riga bzw. einem Fünftel des EU-Durchschnitts.³

Regionale Kooperation

Die Kooperation der drei baltischen Staaten untereinander, sowie mit den skandinavischen Nachbarn und sogar mit Russland im Ostseerat verdient das Prädikat „gut“. Dennoch bringt die Anstrengung der drei Staaten, baldmöglichst Mitglied der Europäischen Union zu werden, auch ein Element der Konkurrenz. Außerdem sorgt die Seegrenze zwischen Lettland und Litauen mit dem an der Grenze geplanten Butinge Erdölterminal für Spannungen, obwohl nach jahrelangen Verhandlungen am 9. Juli 1999 ein Seegrenzvertrag abgeschlossen wurde.

Auch die wirtschaftliche Kooperation im Rahmen des Baltischen Freihandelsabkommens verlief nicht reibungslos: Nach Protesten der Nachbarn musste Litauen die Minimumpreise und Quoten für Agrarimporte (April 1999) und Lettland die Zölle auf Schweinefleischimporte (Mai 2000) zurücknehmen. Dagegen sind die Bemühungen zu einem Zusammenschluss im Energiebereich und bei der Börsenkooperation auf gutem Wege.

Obwohl die baltischen Chancen bei einer NATO-Erweiterung gering scheinen, wurde die sicherheitspolitische Kooperation nach dem NATO-Gipfel in Washington (April 1999) noch verstärkt: durch das Luftüberwachungssystem Baltnet in Kaunas (Litauen), die Verteidigungsakademie in Tartu (Estland) und die geplante Marineakademie in Liepaja (Lettland) sowie Baltbat, das regionale Friedensbattalion. Außerdem sind alle drei bestrebt, mittelfristig die NATO-Norm eines Verteidigungsbudgets von 2% des Staatshaushaltes zu erfüllen, obwohl diese Zielsetzung teilweise mit den Reformanstrengungen für die EU-Mitgliedschaft kollidieren könnte.

Menschenrechts- und Minderheitenpolitik

Seit der Änderung der Staatsbürgerschaftsgesetze ist der Hauptpunkt der EU- und OSZE-Kritik vom Tisch, obwohl die Zahl der Antragsverfahren gering und die Zahl der Nichtstaatsbürger hoch bleibt. Nach Lettland (10.03.1999) signalisierte Estland mit dem ambitionierten Integrationsplan 2000-2007⁴ einen deutlichen Kurswechsel in Richtung Reziprozität der Integration und Erhöhung der Integrationsanstrengung.

Umstritten blieb die Implementierung der Sprachgesetze in Estland und Lettland, die auf eine Wiederherstellung der Dominanz der Titularsprachen in allen sozialen Bereichen ausgerichtet war. Van der Stoel kritisierte im Namen der OSZE die lettischen Verordnungen, besonders die, die für offizielle Funktionen das höchste Niveau der lettischen Sprachkenntnisse fordern und für den Wirtschaftsbereich keine Ausnahme vorsehen. Die Kritikpunkte wurden im Falle Estlands durch eine Gesetzesänderung am 14. Juni 2000 mit den EU- und OSZE-Normen in Übereinstimmung gebracht. Die endgültige Prüfung steht im Falle Lettlands noch aus, das außerdem, anders als Estland und Litauen, die Minderheitenkonvention des Europarats noch nicht ratifiziert hat.

Die sinkende Geburtsrate der Titularnationen führt neuerdings zu einem negativen natürlichen Wachstum und angesichts des Wachstums von Wirtschaft und Arbeitsmarkt werden besonders die jungen Nichtstaatsbürger plötzlich mit anderen Augen gesehen: Die baltischen Regierungen bemühen sich jetzt um eine Vereinfachung der Aufenthaltsgenehmigungen und gehen gegen bürokratische Hemmnisse im Einbürgerungsverfahren vor.

Heikel bleibt schließlich die rechtliche und historische Vergangenheitsbewältigung, obwohl sich eine gewisse Versöhnlichkeit und Pragmatismus andeuten: 1999 gedachten die drei baltischen Völker der stalinistischen Deportationen, einige der Täter wurden vor Gericht gestellt, wobei besonders die Verurteilung des ehemaligen Sowjetpartisanen Vasilij Kononov für große Aufregung in Russland sorgte. Gleichzeitig gab es ein Ehrenbegräbnis für einen ehemaligen estnischen Freiheitskämpfer gegen die Sowjetmacht, dessen Kriegsvergangenheit zum Trotz. Litauen installierte eine Kommission zur Erforschung sowjetischer und deutscher Kriegsverbrechen und bemühte sich nach einschlägiger Kritik um eine aktivere rechtliche Verfolgung, während in Lettland öffentliche Auftritte von Veteranen der lettischen Waffen-SS-Legion in der europäischen Öffentlichkeit für Empörung sorgten.

Außen- und Sicherheitspolitik

Obwohl die außen- und sicherheitspolitische Priorität der baltischen Staaten eindeutig die Mitgliedschaft in EU und NATO ist und der neue russische Präsident Vladimir Putin seinerseits wie gehabt vor einer „voreiligen Zulassung ehemaliger Sowjetrepubliken in die Europäische Union als Ruin der osteuropäischen Wirtschaft und in die NATO als Bedrohung für internationale Stabilität warnt“,⁵ existiert in Ansätzen eine konstruktive baltisch-russische Kooperation auf regionaler Ebene und im Wirtschaftsbereich.

Eine offene Flanke der jeweiligen Außenpolitik bilden die Grenzverträge mit dem russischen Nachbarn – ein Zustand, der von Moskauer Seite sowohl an die Lage der Russischsprachigen als auch an die NATO- und EU-Anwärterschaft der drei gekoppelt wird.⁶ Die Duma verweigert mit fadenscheinigen Argumenten weiterhin ihre Unterschrift unter die drei Grenzverträge.⁷ Mit der Übergabe der Radarfrühwarnstation Skrunda in Lettland im Oktober 1999 wurde dagegen das Kapitel der russischen Militärpräsenz im Baltikum definitiv ad acta gelegt.

Insgesamt sieht sich Litauen mit den größten außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Vilnius bemüht sich aktiv um Lösungen für Kaliningrad als künftige russische Exklave in der EU, u.a. im Rahmen des Ostseerats, wobei der Transfer russischer Soldaten durch Litauen regelmäßig zu Zwischenfällen führt. Außerdem suchten Oppositionelle aus Belarus Zuflucht in Litauen vor dem Lukaschenka-Regime und brachten Vilnius so in Verlegenheit, da Litauen auch mit Minsk substantielle Wirtschaftsbeziehungen unterhält. Während die kleinere russische Minderheit in Litauen frühzeitig naturalisiert wurde, führen gegenseitige Minderheiten zwischen Vilnius und Warschau zu gelegentlichen Unstimmigkeiten.

Anmerkungen

- 1 Regelmäßiger Bericht 1999 der Kommission über die Fortschritte Lettlands auf dem Weg zum Beitritt. DG Erweiterung, Beitrittspartnerschaft 1999 Estland; Idem Lettland und Litauen.
- 2 RFE/RL Newline v. 03.02.1999.
- 3 Axel Behrens, Regionales Bruttoinlandsprodukt der mitteleuropäischen Bewerberländer (Eurostat, April 2000).
- 4 State Programme „Integration in Estonian Society 2000-2007“ (Approved by the Government of Estonia on March 14, 2000), <http://www.riik.ee/saks/ikomisjon/>
- 5 BNS v. 14.06.2000.
- 6 Baltic News Service v. 27.07.1999; Vetschernaja Moskva v. 26.08.1999.
- 7 Mel Huang, Estonia's Birth Certificate, RFE/RL Baltic Report (Endnote) v. 14.02.2000.

Weiterführende Literatur

- Bank of Finland Institute for Economics in Transition, Russian & Baltic Economies – The Week in Review, <http://www.bof.fi/env/eng/it/weekly/weekbase.stm>
- L'Espace balte en construction, in: Le Courrier des Pays de l'Est, Nr. 1003 (2000), S. 4-50.
- Human Development Report, Latvia (Riga 1999); Idem, Estonia (Tallinn 1999); Idem, Lithuania (Vilnius, 1999).
- Meurs, Wim P. van, Transformation in den baltischen Staaten. Baltische Wirtschaft und russische Diaspora. Köln 1999. (Berichte des BIOst Nr. 6).
- Bungs, Dzintra, The Baltic States. Problems and Prospects of Membership in the European Union (Baden-Baden 1998).
- von Hirschhausen, Christian (Hrsg.), New Neighbours in Eastern Europe: Economic and Industrial Reform in Lithuania, Latvia and Estonia, (Paris, Les Presses de l'École des Mines, 1998).